



Sehr geehrter Herr Claussen,
sehr geehrte Damen und Herren,

bezugnehmend auf das Schreiben des Ministeriums vom 17. Oktober 2025 zur geplanten Änderung der Oberstufenvorordnung (OAPVO) – und hierbei besonders zur geplanten Kürzung des Geschichtsunterrichtes – übermittelt der Verband der Geschichtslehrkräfte Schleswig-Holstein (VGD SH) hiermit seine Stellungnahme.

Wir danken für die Gelegenheit, uns im Rahmen des Anhörungsverfahrens zu den vorgesehenen Änderungen äußern zu dürfen, und begrüßen ausdrücklich die Einbindung der Fachöffentlichkeit.

Aus unserer Sicht sind mit der geplanten Kürzung im Fach Geschichte allerdings erhebliche bildungspolitische Risiken verbunden.

Unsere Grundüberzeugung lautet: Gerade in Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung, politischer Verunsicherung und digitaler Desinformation ist historisch-politisches Lernen unverzichtbar für die Ausbildung demokratischer Resilienz. Unter diesen Bedingungen darf schulische Bildung in diesem Bereich nicht reduziert, sondern muss gezielt gestärkt werden. Diese Haltung stützen wir im Folgenden anhand von drei zentralen Argumentationslinien.

Geschichte als Kernfach historischer und politischer Urteilsbildung

Das Fach Geschichte ist zentral für die Ausbildung eines reflektierten Geschichtsbewusstseins und damit für die Entwicklung demokratischer Urteilstatkraft, historischer Orientierung und gesellschaftlicher Teilhabe. In einer Zeit, in der populistische und antidemokratische Diskurse zunehmen, braucht Demokratiebildung mehr Raum – nicht weniger.

Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat diese Bedeutung eigentlich klar erkannt und benannt: Geschichte ist das einzige gesellschaftswissenschaftliche Fach, das in der Qualifikationsphase durchgehend belegt und vollständig eingebracht werden muss. Diese bundesweit einheitlichen Regelungen unterstreichen die besondere und herausgehobene Stellung des Faches im Fächerkanon der Oberstufe.

Gleichzeitig gilt auch: Gelingender Geschichtsunterricht braucht Zeit. Ein „Durchhetzen“ durch Inhalte widerspricht den didaktischen Prinzipien eines problemorientierten und multiperspektivischen Lernens, das auf Urteilsbildung und Gegenwartsbedeutung zielt. Nur ein sorgfältig geplanter und tiefgehender Unterricht ermöglicht es jungen Menschen, Orientierungswissen zu erwerben, Deutungsmuster zu erkennen und verantwortungsbewusste Positionen zur Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft einzunehmen und auszuhandeln.

Gerade in einer digitalisierten Welt, in der Geschichtsbilder zunehmend medial vermittelt und politisch instrumentalisiert werden, kommt dem Fach eine besondere Aufgabe zu: die Förderung von Quellenkritik und historischer Urteilskraft als Teil einer widerstandsfähigen Demokratiebildung.

Die KMK-Vorgaben sind Ausdruck eines bildungspolitischen Konsenses, der nicht unter schulorganisatorischen Druck geraten darf. Der VGD SH warnt daher nachdrücklich vor einer Kürzung und damit einhergehenden Relativierung des Geschichtsunterrichts.

Gefahr die Verengung gesellschaftswissenschaftlicher Bildung

Die geplanten Kürzungen im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich gefährden nicht nur den Bildungsauftrag des Faches Geschichte, sondern führen in auch zu einer Ungleichbehandlung und damit Unausgewogenheit innerhalb der Domäne.

Besonders deutlich zeigt sich dies in der erneuten Bevorzugung des Faches WiPo, das nicht nur von früheren Kürzungen verschont blieb, sondern zusätzlich zwei Wochenstunden in der Sekundarstufe I erhalten wird. Nun wiederum – in der hier zu kommentierenden Kürzungsrounde in der Sekundarstufe II – werden Geographie und WiPo jeweils nur geringfügig gekürzt – Geschichte (und Religion/Philosophie) hingegen jeweils um eine volle Stunde.

Ein solches Vorgehen verschiebt die inhaltliche Ausgewogenheit der gesellschaftswissenschaftlichen Bildung zugunsten politik- und wirtschaftswissenschaftlicher Deutungsmuster. Damit droht eine einseitige Schwerpunktsetzung, die den Anspruch auf multiperspektivische Demokratiebildung unterläuft.

Denn politische Mündigkeit entsteht nicht allein durch die Analyse aktueller Strukturen, sondern ebenso und gerade durch historisches Verstehen und ethisch-philosophische Reflexion. Insbesondere Geschichte trägt wesentlich dazu bei, Deutungsmuster einzuordnen, Narrative zu hinterfragen und langfristige Entwicklungslinien zu erkennen.

Gesellschaftswissenschaftliche Bildung lebt von Vielfalt – ihre Fächer dürfen daher nicht gegeneinander ausgespielt, sondern müssen in ihrer Eigenständigkeit mehr bedeuten als die Stärkung des Faches WiPo.

Organisatorische, pädagogische und strukturelle Folgen

Die geplante Reduzierung der Wochenstunden im Fach Geschichte hat zudem negative Folgen für die Organisation und Qualität des Unterrichts. Die Kontinuität in der Prüfungsvorbereitung wird massiv beeinträchtigt – künftig stehen im Regelfall nur noch fünf statt sechs Semester zur Verfügung. Für Lernende bedeutet das: weniger Zeit zur Vertiefung, zur Entwicklung von Urteilskraft und zur Vorbereitung auf das Abitur. Es sei in diesem Zusammenhang erwähnt, dass Geschichte bisher von überdurchschnittlich vielen Schüler:innen im Land als Prüffach gewählt wird und mit Abstand die meisten mündlichen Abiturprüfungen aufweist.

Zudem entsteht in den Lerngruppen der Einführungsphase, wo bislang Stabilität aufgebaut wurde, Unruhe in den Lerngruppen. Gerade dort, wo Diskurse Vertrauen und Verlässlichkeit brauchen, wird gekürzt. Hinzu kommt eine höhere Belastung der Fachlehrkräfte, etwa durch kleinere Stundendeputate bei gleichzeitig mehr Klassen.

Auch die Ausbildung im Vorbereitungsdienst, die in der Sekundarstufe II sinnvollerweise ausschließlich in der Einführungsphase erfolgen kann, ist gefährdet. Weniger Unterricht bedeutet hier nicht nur geringere Ausbildungsmöglichkeiten, sondern auch Qualitätsverlust in der Lehramtsqualifikation insgesamt.

Wir appellieren daher abschließend, die geplanten Kürzungen im Fach Geschichte noch einmal kritisch zu prüfen. Die Förderung historischer Urteilskraft, kritischer Reflexion und demokratischer Resilienz ist kein optionaler Zusatz, sondern ein tragender Bestandteil schulischer Bildung in einer offenen und pluralen Gesellschaft.

Eine ausgewogene und vielfältige gesellschaftswissenschaftliche Bildung verdient Zeit, Verlässlichkeit und klare bildungspolitische Rückendeckung.

Mit freundlichen Grüßen



Annabel Wohlfahrt



Dr. Benjamin Stello


Solveig Bronst
Moritz Fuchs